

Dr.ⁱⁿ Alma Zadić, LL.M.
Bundesministerin für Justiz

Herrn
Mag. Wolfgang Sobotka
Präsident des Nationalrats
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2024-0.264.260

Ihr Zeichen: BKA - PDion (PDion)18293/J-NR/2024

Wien, am 04. Juni 2024

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Stephanie Krisper, Kolleginnen und Kollegen haben am 4. April 2024 unter der Nr. **18293/J-NR/2024** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Ermittlungen zu „Staatsgeheimnissen“ in den E-Mails des BKA“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1, 10 und 11:

- 1. *Gab oder gibt es Ermittlungsverfahren zu möglichen strafbaren Handlungen im Zusammenhang mit klassifizierten Informationen unter den E-Mails der BKA-Mitarbeiter: innen?*
 - a. *Wenn ja, welche gegen wen aufgrund welcher strafbaren Handlung?*
 - i. *Wegen § 252 StGB (Verrat von Staatsgeheimnissen)?*
 - ii. *Wegen § 9 Informationssicherheitsgesetz?*
 - iii. *Wegen § 302 StGB (Missbrauch der Amtsmissbrauch)?*
 - iv. *Wegen sonstiger strafbarer Handlungen?*
 - b. *Wenn ja, wie viele Ermittlungsverfahren werden geführt und wer leitet diese?*
- 10. *Wie viele Ermittlungsverfahren werden geführt und wer leitet diese?*
 - a. *Welche Ermittlungshandlungen wurden bis dato gesetzt?*

- 11. Wurden hinsichtlich der Frage 1 Anklagen erhoben, Rücktritte von der Verfolgung genommen oder Verfahren eingestellt?
a. Wenn ja, wie viele jeweils wegen welchen Straftatbestands?

In Zusammenhang mit den angesprochenen Sachverhalten wurden und werden keine Ermittlungsverfahren geführt.

Zu den Fragen 2 bis 8:

- 2. Wurde der zuständige Informationsbeauftragte des BKA schon zum Sachverhalt befragt?
- 3. Wurde von der Informationssicherheitskommission bereits eine Stellungnahme eingefordert, welche elektronischen Systeme im BKA überhaupt für eine Verarbeitung von klassifizierten Informationen akkreditiert sind?
a. Wenn ja, was ist das Ergebnis?
b. Wenn nein, warum nicht?
- 4. Wurde beim BKA das verpflichtend zu führende Register für klassifizierte Informationen im Sinne der Geheimschutzordnung schon angefordert?
- 5. Wurde von der DSN schon eine Stellungnahme angefordert, ob nachrichtendienstliche Dokumente im Sinne § 112a StPO von der DSN an das BKA übermittelt wurden?
a. Wenn ja, was war das Ergebnis?
Wenn nein, warum nicht?
- 6. Wurden im gegenständlichen Verfahren von der Finanzprokurator oder dem BKA die betroffenen Unterlagen im Sinne von § 112a StPO konkret bezeichnet?
- 7. Wurde die Behörde bereits im Sinne § 112a Abs. 2 StPO aufgefordert, jene Teile der Unterlagen konkret zu bezeichnen, die im Sinne § 112a klassifiziert wurden?
a. Wenn nein, warum nicht?
b. Wenn ja, wann wurde die Aufforderung an das BKA/die Finanzprokuratorat übermittelt?
- 8. Wurde geprüft, nach welchen gesetzlichen Grundlagen Mitarbeiter des BKA überhaupt für eine Verarbeitung von klassifizierten Informationen - die unter § 112a StPO fallen - in Frage kommen könnten?

Diese Fragen beziehen sich auf Abläufe in einem gemäß § 112a StPO in die gesetzliche Zuständigkeit eines Gerichts fallenden (Zwischen-)Verfahren. Akte der unabhängigen

Rechtsprechung sind jedoch nicht von der parlamentarischen Interpellation umfasst, weshalb von einer inhaltlichen Beantwortung dieser Fragen Abstand genommen werden muss.

Zur Frage 9:

- *Gibt es Prüfungen, ob hier nicht bereits Verdunkelungs- und/oder Verabredungsgefahr vorliegt?*
 - a. Wenn ja, wie ist das Ergebnis dieser Prüfung?*
 - b. Wenn nein, warum nicht?*

Im Bezug habenden Ermittlungsverfahren hat das Bundeskanzleramt bereits im Zuge der Übergabe der (ersten) Sicherstellungsanordnung am 16. August 2022 zugesagt, dass die betroffenen Datenbestände erhalten werden, weshalb eine Löschung der Daten nicht zu befürchten ist.

Dr.ⁱⁿ Alma Zadić, LL.M.

